

## Thema der Woche

Europäische Union auf gutem Weg zur Umsetzung der Energieunion

## In Kürze

Konsultation zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von großen  
Infrastrukturvorhaben

Einigung zu Großhandels-Roamingtarifen erzielt

Evaluierung der EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)

European Innovation Council: Mitgliedernamen des hochrangigen  
Beratungsgremiums veröffentlicht

Öffentliche Konsultation zum EU-Förderprogramm Kreatives Europa gestartet

## Neues aus der Kommission

Horizon 2020: Konsultation zu öffentlich-öffentlichen Partnerschaften gestartet

Kommission will Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern  
überarbeiten

## Neues aus dem Rat

Staats- und Regierungschefs diskutierten Migration, Zukunft der Union

### Neues aus dem Gerichtshof der EU

EuGH: Vertragsänderungen können Bankkunden online mitgeteilt werden

### Neues aus anderen Bereichen

Neues REFIT Papier der WKÖ zur Besseren EU-Rechtssetzung  
EU & Mexiko beschleunigen Verhandlungen zu modernisiertem  
Freihandelsabkommen

### Neues aus den Verbänden

EUROCHAMBRES-Studie: Aufholbedarf bei KMU-Fördermitteln für  
Energieeffizienz

### Statistik der Woche

Arbeitslosenrate im Euroraum sinkt ganz leicht

### Jobs+Jobs+Jobs

Europäische Agentur für Flugsicherheit sucht Aviation Cybersecurity Officer  
EASA bietet Praktikumsplätze im EASA Graduate Traineeship Programme  
Europäische Stiftung für Berufsbildung sucht Project Officer  
Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Mitarbeiter

### EU-Agenda

EU-Kommission: 2199. Sitzung am 8. Februar 2017  
EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche  
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche  
EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenbergh 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder  
sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

## Europäische Union auf gutem Weg zur Umsetzung der Energieunion

Im Februar 2015 legte die Europäische Kommission den **Grundstein für das Großprojekt Energieunion**. Die bereits damals in einem 15-Punkte-Plan grob dargelegten Maßnahmen lassen sich in fünf Dimensionen der Energieunion einteilen: Vollendung des Energiebinnenmarktes, Steigerung der Energieversorgungssicherheit, Erhöhung der Energieeffizienz, Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie Forschung und Innovationen.

**Diese Woche** zog die Kommission bereits **zum zweiten Mal Bilanz** und legte im Bericht über den Stand der Energieunion dar, wie es um deren Umsetzung steht. **Legislativ** hat die Europäische Kommission im Jahr 2016 die **Energieunion großteils auf den Weg gebracht**. Basierend auf einer Rahmenstrategie wurde zum einen im Februar in Form des sogenannten „Gas-Pakets“ die Überarbeitung der „Gas SOS-Verordnung“ und die Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich angegangen. Zum anderen folgte im November 2016 das sogenannte „Clean Energy For All Europeans-Paket“ mit dem unter anderem Vorschläge für die Überarbeitung der „Erneuerbaren-Richtlinie“ und der „Energieeffizienz-Richtlinie“ sowie für die Ausgestaltung eines europäischen Strommarktdesigns unterbreitet wurden. All diese Vorschläge werden nun das Europäische Parlament und den Rat, sowie die Interessenträger intensiv beschäftigen.

Doch nicht nur im Bereich der Rechtssetzung war und ist Bewegung im Klima- und Energiesektor spürbar. Jüngste Zahlen der Kommission belegen, dass die **Mitgliedstaaten der Union auf einem guten Weg** sind, die bis 2020 gesteckten **klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen**. Mit Blick auf den Treibhausgasausstoß ist die **Entkoppelung der Wirtschaft von den CO<sub>2</sub>-Emissionen gelungen**. 2015 lagen die Treibhausgasemissionen um 22 Prozent unter denen des Jahres 1990. Gleichzeitig wuchs Europas Wirtschaft im selben Zeitraum um rund 50 Prozent.

Betrachtet man die Fortschritte bei der **Energieeffizienz**, so konnte **der für 2020 gesetzte Zielwert für den Endenergieverbrauch bereits unterschritten** werden – im Jahr 2014 lag man 2,2 Prozent unter dem indikativ für das Jahr 2020 festgelegten Wert. Großes Potenzial für weitere Energieeinsparungen ortet die Kommission im Verkehrs- und Gebäudesektor. Die nun für das Jahr 2030 vorgeschlagene Verschärfung des Energieeffizienzziels auf 30 Prozent im Vergleich zum 27 Prozent-Ziel, welches die Staats- und Regierungschefs fixiert haben, wird von der WKÖ abgelehnt.

Auch in Bezug auf den Ausbau der **erneuerbaren Energien** befindet sich die **EU auf gutem Weg**. Im Jahr 2015 lag der Erneuerbaren-Anteil am Endenergieverbrauch in der Union bei 16,4 Prozent, sodass das bis zum Jahr 2020 anvisierte Ziel von 20 Prozent in Reichweite ist. **Österreich**, das bis zum Jahr 2020 einen Anteil erneuerbarer Energien von 34 Prozent erreichen muss, verzeichnete im Jahr 2015 bereits eine Quote von 33,6 Prozent und befindet sich damit **im europäischen Spitzenfeld**. Für das Jahr 2030 sieht der Kommissionsvorschlag ein EU-weites unverbindliches Ziel eines Erneuerbaren-Anteils von 27 Prozent vor. Die im Vorschlag enthaltene Tendenz zu einer schrittweisen Harmonisierung der Fördersysteme ist positiv zu beurteilen.

Die europäische Wirtschaft braucht jedenfalls einen stabilen energie- und klimapolitischen Rechtsrahmen mit realistischen Vorgaben. Die Gesetzgeber sind nun bei den Verhandlungen rund um die Vorschläge zur Umsetzung der Energieunion angehalten, sich an den Vorgaben des Europäischen Rats aus dem Jahr 2014 auszurichten, welche einen tragbaren Kompromiss darstellen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

### Konsultation zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von großen Infrastrukturvorhaben

Die Kommission hat angekündigt, einen **freiwilligen Ex-ante-Mechanismus zur Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben** einzuführen. Das soll dazu beitragen, bei großen Infrastrukturvorhaben Verzögerungen in der Planungsphase zu vermeiden und die Gefahr von Verstößen gegen EU-Recht nach Projektbeginn möglichst gering zu halten. Die Initiative steht im **Zusammenhang mit der Investitionsoffensive für Europa** mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Der Mechanismus soll für **Vorhaben in den Bereichen Verkehr, Energie und IKT** verwendet werden, die einen **Schätzwert von 700 Millionen Euro überschreiten**. Die Kommission hat nun zu diesem geplanten Instrument eine **Konsultation** eröffnet, die bis **14. April 2017** beantwortet werden kann.

### Einigung zu Großhandels-Roamingtarifen erzielt

Als letzter Schritt zum **Ende der Roamingentgelte mit 15. Juni 2017** haben sich die Vertreter des Europäischen **Parlaments**, des Rates und der **Kommission** diese Woche auf die **Regulierung der Großhandels-Roamingtarife** geeinigt. Das sind die Tarife, die sich die Provider gegenseitig berechnen, wenn ihre Kunden beim **Roaming** andere Netze nutzen. Für **Sprachanrufe** wird die Obergrenze von 5 auf 3,2 Cent reduziert. Das **Limit für SMS** sinkt von derzeit zwei auf einen Cent pro Mitteilung. Für **Datenroaming** dürfen die Provider in der EU maximal 7,70 Euro pro Gigabyte verrechnen. Diese Obergrenze wird am 1. Jänner 2018 auf 6,00 Euro sinken, und weiter auf 4,50 Euro im Jahr 2019, 3,50 Euro 2020, 3,00 Euro 2021 und schließlich auf 2,50 Euro im Jahr 2022. Die Einigung muss noch von Rat und Parlament formal bestätigt werden.

### Evaluierung der EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)

Die Aufgabe der EU-Agentur **ENISA** besteht darin, in der EU die erforderliche **hochgradige Netz- und Informationssicherheit zu gewährleisten**. Da das **laufende Mandat von ENISA im Jahr 2020 endet**, hat die Europäische Kommission eine öffentliche **Konsultation** zur Überprüfung und Evaluierung der Agentur gestartet. Die **Konsultation läuft bis 12. April 2017** und soll inhaltlich sowohl die Performance von ENISA in der Vergangenheit als auch eine mögliche Überarbeitung ihres Mandats in Hinblick auf neue Herausforderungen für die EU im Bereich der Cybersicherheit behandeln.

### European Innovation Council: Mitgliedernamen des hochrangigen Beratungsgremiums veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat Ende Jänner die Namen jener **15 Persönlichkeiten** bekanntgegeben, die aufgrund ihrer Reputation im Innovationsbereich als **Mitglieder der sogenannten „High Level Group of Innovators“** ausgewählt wurden. Der Etablierung der Gruppe war ein entsprechender Aufruf zur Interessenbekundung vorangegangen. Die Gruppe soll die Kommission bei der Verbesserung der im EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 bestehenden Unterstützungsmaßnahmen für bahnbrechende Innovationsprojekte mit hohem Skalierungspotential beraten, was auch die mögliche Einrichtung eines zukünftigen „European Innovation Council“ einschließt.

Inhaltsverzeichnis

## Öffentliche Konsultation zum EU-Förderprogramm Kreatives Europa gestartet

Das EU-Programm Kreatives Europa, aus dem unter anderem für die europäische Kreativwirtschaft interessante Fördermaßnahmen finanziert werden, ist aktuell Gegenstand einer öffentlichen Konsultation. Interessenträger können bis 16. April ihre Stellungnahme zur Relevanz der mit dem Programm verfolgten Ziele, zur Effektivität der vorgesehenen Maßnahmen sowie zur Effizienz der Implementierung abgeben. Das Ergebnis der Konsultation wird in die Halbzeitevaluierung des Programms einfließen.

### Inhaltsverzeichnis



## Horizon 2020: Konsultation zu öffentlich-öffentlichen Partnerschaften gestartet

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu den öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (sog. Art. 185-Initiativen) im Rahmen der Halbzeitevaluierung des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 gestartet. In diese **gemeinsam durch die EU und die Mitgliedstaaten** bzw. die daran assoziierten Länder **konzipierten und finanzierten Programme** sollen bis 2020 insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro an öffentlichen Fördermitteln fließen. Interessenträger, wie insbesondere Mitgliedstaaten, Förderagenturen, Unternehmen, Universitäten oder Forscher sind aufgerufen, sich **bis 30. April 2017** an der Konsultation zu beteiligen. Deren Ergebnis wird in die derzeit laufende Evaluierung der Art. 185-Initiativen unter Horizont 2020 sowie die Halbzeitevaluierung von Horizont 2020 selbst einfließen.

Die WKÖ unterstützt Maßnahmen auf europäischer Ebene, die das Ziel verfolgen, die Innovationsfähigkeit von Unternehmen zu fördern und ihre Beteiligung an Förderprogrammen sicherzustellen. **Aus Sicht der WKÖ** ist im Rahmen der laufenden Evaluierung **insbesondere auf die Attraktivität und Offenheit der Art. 185-Initiativen für Teilnehmer aus dem Privatsektor** – und hier insbes. auch neue Teilnehmer – **abzustellen**. Nur durch eine hohe Unternehmensbeteiligung an den Programmen kann sichergestellt werden, dass diese dazu beitragen, letztlich innovative Produkte und Dienstleistungen und damit Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

### Inhaltsverzeichnis

## Kommission will Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern überarbeiten

Die Richtlinie 2003/59/EG regelt die Anforderungen an die **Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern** von Lastkraftwagen und Bussen.

Eine **ex-post-Bewertung** dieser Richtlinie hat ergeben, dass sie in den Mitgliedstaaten ohne größere Probleme umgesetzt wurde. Sie habe auch zur Erreichung ihres Hauptziels, die Straßenverkehrssicherheit zu gewährleisten beigetragen. Jedoch wurden **auch einige Mängel festgestellt**, die die Wirksamkeit und Kohärenz des Rechtsrahmens beeinträchtigen und die Ziele der Richtlinie untergraben.

Um diese Mängel zu beseitigen hat die Kommission diese Woche einen **Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie vorgelegt**. Konkret sollte durch diese Änderung sichergestellt werden, dass die Weiterbildung von Berufskraftfahrern mindestens einen Kenntnisbereich im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherheit umfasst und dass sich dieselben **Kenntnisbereiche innerhalb derselben Ausbildung nicht wiederholen**. Ferner wird vorgesehen, dass die Ausbildung einen **konkreten Bezug zur Arbeit des betreffenden Fahrers** haben sowie aktuell und relevant sein muss.

Auch den immer wieder auftretenden **Schwierigkeiten** der Fahrer **bezüglich der gegenseitigen Anerkennung** der ganz oder teilweise in einem anderen Mitgliedstaat absolvierten Ausbildung möchte die Kommission begegnen. Es soll daher in Zukunft gewährleistet sein, dass bei allen Inhabern eines Befähigungsnachweises entweder der gegenseitig anerkannte Code 95 im Führerschein vermerkt wird oder sie einen gegenseitig anerkannten Fahrerqualifizierungsnachweis erhalten.

In Bezug auf die **Mindestanforderungen an die Qualifikation und Ausbildung** werden einige **Aktualisierungen** vorgenommen. Es soll damit dem gegenwärtigen Stand der Technik besser Rechnung getragen werden und ein Fokus auf kraftstoffsparendes Fahrverhalten gelegt werden. Außerdem wird die Liste der Kenntnisbereiche, die in den verschiedenen Bereichen des Güter- und Personenverkehr berücksichtigt werden müssen, um die Themen Sensibilisierung für Behindertenfragen, Beförderung gefährlicher Güter und Tiertransporte erweitert.

Durch die Änderung der Richtlinie soll außerdem klargelegt werden, dass die Mitgliedstaaten in der Ausbildung **IKT-Instrumente** einsetzen können und die Möglichkeit haben, die Berufskraftfahrergrundqualifikation und Weiterbildung **mit anderen nach EU-Recht vorgeschriebenen Formen der Ausbildung** (z.B. Fahrgastrechte, Beförderung gefährlicher Güter) zu **kombinieren**.

Mit dieser Überarbeitung werden eine Reihe der Probleme angegangen, mit denen auch österreichische Verkehrsunternehmen regelmäßig konfrontiert sind. Die Wirtschaftskammer Österreich wird sich zu diesem Thema aktiv einbringen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

#### Inhaltsverzeichnis



### Staats- und Regierungschefs diskutierten Migration, Zukunft der Union

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem informellen **Treffen** am Freitag in Malta zuerst mit **Migration**, und am Nachmittag mit dem bevorstehenden **60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2017** befasst. Am Vormittag wurde die externe Dimension der Migration erörtert. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die zentrale Mittelmeerroute und Libyen. Am Nachmittag nahmen die 27 Staatschefs (ohne Großbritannien) den 60. Jahrestag zum Anlass, über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren.

Die Europäische Union muss diese **Debatte als Chance begreifen**, um die Union stark für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Vor allem jene Länder, die sich über den Euro in einer Schicksalsgemeinschaft befinden, müssen wirtschaftlich und politisch noch enger zusammenstehen. Mit einer

vertieften Zusammenarbeit wäre es möglich, echte gemeinsame Lösungen für Herausforderungen wie die schwache Wirtschaftsentwicklung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die hohe Arbeitslosigkeit oder die Flüchtlingskrise zu finden (siehe auch [EU Top Thema: Brexit und die Folgen](#)).

Ansprechpartnerin: [Verena Martelanz](#)

## Inhaltsverzeichnis



### EuGH: Vertragsänderungen können Bankkunden online mitgeteilt werden

Die [Zahlungsdiensterichtlinie \(RL 2007/64\)](#) sieht vor, dass ein Zahlungsdienstleister („Dienstleister“) dem Zahlungsdienstnutzer („Nutzer“) rechtzeitig Vertragsbedingungen in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger mitteilt.

Die BAWAG verwendete für Kundenverträge über Bankdienstleistungen vorformulierte Verträge mit AGB. Eine Vertragsklausel lautete wie folgt: „Mitteilungen und Erklärungen (insbesondere (...)Änderungsmitteilungen etc.), die die Bank dem Kunden zu übermitteln oder zugänglich zu machen hat, erhält der Kunde, der E-Banking vereinbart hat, per Post oder durch Abrufbarkeit oder Übermittlung elektronisch im Wege des BAWAG P.S.K. E-Bankings.“ Zu diesem Zweck richtete sie im Rahmen ihres E-Banking-Systems für jeden Kunden eine Mailbox ein. Auf diese Weise können Kunden durch Einloggen mit ihrem persönlichen Passwort auf der E-Banking-Website zugreifen, die Bank übermittelt elektronische Nachrichten dorthin. Ergänzende Mitteilungen, etwa an die private Mailadresse des Kunden, dass eine Nachricht an die E-Banking-Mailbox versandt worden ist, erfolgten nicht.

Daraufhin erhob der Verein für Konsumenteninformation Klage mit dem Antrag, der Bank die Aufnahme der streitigen Vertragsklausel in die Verträge, die sie mit ihren Kunden schließt, und die Anwendung der Klausel auf diese Kunden zu untersagen. Die Klage hatte in der ersten Instanz Erfolg; auch das Berufungsgericht entschied im Sinne des Klägers. Die BAWAG legte Revision beim OGH ein, welche das Verfahren ausgesetzt und dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt hat.

Der EuGH kam nun in seinem [Urteil in der Rechtssache C-375/15](#) vom 25. Januar zum Ergebnis, dass Änderungen der Informationen und Vertragsbedingungen, die über eine Mailbox auf einer E-Banking-Website übermittelt werden, nur dann im Sinne der Bestimmungen auf einem dauerhaften Datenträger mitgeteilt werden, wenn es die Website dem Nutzer erstens möglich macht, an ihn persönlich gerichtete Informationen so zu speichern, dass er sie für eine angemessene Dauer einsehen kann und ihm die unveränderte Wiedergabe gespeicherter Informationen möglich ist, ohne dass ihr Inhalt durch den Dienstleister oder einen Administrator einseitig geändert werden kann. Sofern der Nutzer die E-Banking-Website besuchen muss, um von den betreffenden Informationen Kenntnis zu erlangen, muss der Dienstleister den Nutzer zusätzlich von einer solchen Änderung in Kenntnis setzen, sei es durch ein Schreiben, eine SMS oder durch Mail an eine andere Mailadresse. Falls der Dienstleister dies in einem solchen Fall nicht tut, werden die Informationen dem Nutzer lediglich zugänglich gemacht.

Ansprechpartnerin: [Sophie Windisch](#)

## Inhaltsverzeichnis

## Neues aus anderen Bereichen

### Neues REFIT Papier der WKÖ zur Besseren EU-Rechtssetzung

Bei „Besserer Rechtsetzung“ geht es nicht um „mehr“ oder „weniger“ Regulierung in der EU, oder darum, bestimmte Politikbereiche zu deregulieren. Mit einer besseren Rechtsetzung soll sichergestellt werden, dass die politischen Ziele, die die Europäische Kommission gesetzt hat, mit dem Gesetzeswerk tatsächlich erreicht werden können. Es geht darum, das **Vertrauen in die Rechtsetzung der EU wiederherzustellen**.

Die EU-Kommission will die Auswirkungen von EU-Regelungen eingehender als bisher prüfen und abschätzen. Dies gilt sowohl für neue als auch für bestehende Regelungen. **Unternehmen und Bürger beurteilen die EU nach den Auswirkungen ihrer Maßnahmen**, und zwar nicht nur von neuen Initiativen, sondern und vor allem von Rechtsvorschriften, die bereits in Kraft sind.

Der bestehende gemeinsame Rechtsbestand (Acquis communautaire) der Union wird daher im **Programm REFIT (Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung)** seit 2012 regelmäßig überprüft, um dessen Wirksamkeit und Effizienz zu untersuchen. Die WKÖ veröffentlicht dazu regelmäßig eine Stellungnahme. In Zukunft soll das Programm genauer darauf ausgerichtet werden, die **Hauptursachen mangelnder Effizienz und unnötigen Verwaltungsaufwands zu ermitteln** und die Kosten und Nutzen einer Maßnahme wann immer möglich zu beziffern.

Die Unternehmensstruktur in ganz Europa und insbesondere auch in Österreich ist geprägt von Klein- und Mittelbetrieben. Daher ist es notwendig, auch in der **Gesetzgebung verstärkt auf KMU zu achten und bei allen Gesetzesvorschlägen einerseits das Prinzip „Think Small First“ anzuwenden**, und andererseits bereits im Vorfeld der Gesetzeswerdungen im Rahmen der Folgenabschätzung (Impact Assessment) einen soliden und verpflichtenden KMU-Test durchzuführen.

Der bisher beschrittene Weg muss aus Sicht der WKÖ konsequent fortgesetzt werden und **spürbare, konkrete Ergebnisse für die Unternehmen in der EU liefern**. Alle EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten müssen dabei an einem Strang ziehen, damit die Initiativen zur intelligenten Regulierung erfolgreich sein können.

Die WKÖ hat bereits seit Jahren Vorschläge erarbeitet und Rechtsakte, die zu einer Belastung der Betriebe führen, identifiziert. In weiteren Schritten wurde konsequent an der Beseitigung dieser bürokratischen Hindernisse gearbeitet. Die neueste Publikation der WKÖ dazu ist eben erschienen: das **Papier** der WKÖ zum **aktuellen REFIT Scoreboard 2016**.

Ansprechpartnerinnen: **Margit Havlik**  
**Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

### EU & Mexiko beschleunigen Verhandlungen zu modernisiertem Freihandelsabkommen

Die EU und Mexiko haben am 1. Februar bekannt gegeben, dass sie die Verhandlungen zur Modernisierung des **Abkommens** über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit ("Global Agreement") beschleunigen und bereits vor dem Sommer noch zwei Verhandlungsrunden, und zwar von 3.-7. April und von 26.-29. Juni, abhalten wollen.



Das „Global Agreement“, das ein umfassendes Freihandelsabkommen beinhaltet, wurde **1997 abgeschlossen**. Nachdem die EU-Mitgliedstaaten am 23. Mai 2016 dem Mandat zur Modernisierung zugestimmt hatten, wurden die ersten beiden Verhandlungsrunden im Juni und November 2016 absolviert. Durch die Modernisierung soll der Anwendungsbereich des bestehenden Abkommens unter anderem durch die **Intensivierung des Handels mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen** sowie durch einen **verbesserten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen** ausgeweitet werden. Die EU hat dazu im Sinne einer transparenten Verhandlungspolitik sechs Textentwürfe sowie Berichte zu den Verhandlungsrunden veröffentlicht.

Die EU ist nach den USA und China der dritt wichtigste Handelspartner für Mexiko. Alleine zwischen 2005 und 2015 haben sich die jährlichen Warenströme zwischen den beiden Handelspartnern von 26 auf 53 Milliarden Euro erhöht. Österreichische Lieferungen nach Mexiko konnten zwischen Januar und September 2016 um weitere 33 Prozent auf 703 Millionen Euro wachsen. Gemeinsam mit Australien ist Mexiko somit der am stärksten wachsende österreichische Exportmarkt.

Die WKÖ begrüßt die Verhandlungen mit Mexiko, da durch ein modernisiertes und ambitioniertes Abkommen neue Geschäftschancen für österreichische Unternehmen geschaffen werden können.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

#### Inhaltsverzeichnis



### EUROCHAMBRES-Studie: Aufholbedarf bei KMU-Fördermitteln für Energieeffizienz

Eine kürzlich veröffentlichte EUROCHAMBRES-Studie ergab, dass es in **fünf von zehn untersuchten Mitgliedstaaten immer noch keine umfassenden Fördermittel für die Durchführung von Energieaudits bzw. die Etablierung von Energiemanagement-Systemen** gibt. Laut EU Energieeffizienz-Richtlinie waren die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis spätestens Mitte 2014 Fördermittel für freiwillige Energieaudits in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) und die Umsetzung der daraus resultierenden Empfehlungen für Energiesparmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Außerdem zeigen die Ergebnisse der Studie, dass **existierende Förderprogramme oft wenig Anreize für KMU bieten, da die Zuschussraten zu niedrig oder die Mindestschwellen für Investitionen zu hoch sind**.

„Die Europäische Kommission muss die Mitgliedstaaten einerseits unterstützen, andererseits aber auch den Druck auf sie erhöhen, die rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und den ambitionierten strategischen Zielen mittels Förderprogrammen konkrete Taten folgen zu lassen“, forderte Arnaldo **Abruzzini**, der Geschäftsführer von EUROCHAMBRES, im Rahmen der Abschlussveranstaltung des STEEEP-Projekts in Brüssel.

Das Energieeffizienz-Projekt des Europäischen Kammernetzwerks „STEEEP“, das von EUROCHAMBRES seit 2014 koordiniert wird und 600 KMU in zehn EU-Mitgliedstaaten unterstützt, hat gezeigt, dass es **für Unternehmen immer noch zahlreiche Hindernisse beim Energiesparen** gibt. Dazu zählen etwa beschränkte zeitliche und personelle Ressourcen und begrenzte finanzielle Mittel. Daher brauchen Unternehmen umfassende finanzielle und praktische Hilfe, um aktiv werden zu können. Das betrifft sowohl die Unterstützung für Audits und Monitoring, als auch für konkrete Investitionen.

In diesem Zusammenhang betonte Philippe Dutruc, Vorsitzender von EUROCHAMBRES' Energieausschuss, auch die **Rolle der Kammern**: „Wir haben eine wichtige Funktion, wenn es darum geht, kleine und mittlere Unternehmen bei der Steigerung ihrer Energieeffizienz und beim Lukrieren von Fördermaßnahmen zu unterstützen. Diese Förderprogramme sind in der Regel sehr komplex. Daher wollen wir dafür sorgen, dass die KMU am Ende auch wirklich davon profitieren.“

In **Österreich** haben das Energieinstitut der Wirtschaft sowie die Wirtschaftskammer Wien dafür gesorgt, dass zahlreiche KMU im Rahmen von STEEEP ihren Energieverbrauch senken konnten. Das Projekt wird vom „Intelligent Energy Europe“-Programm der Europäischen Kommission kofinanziert.

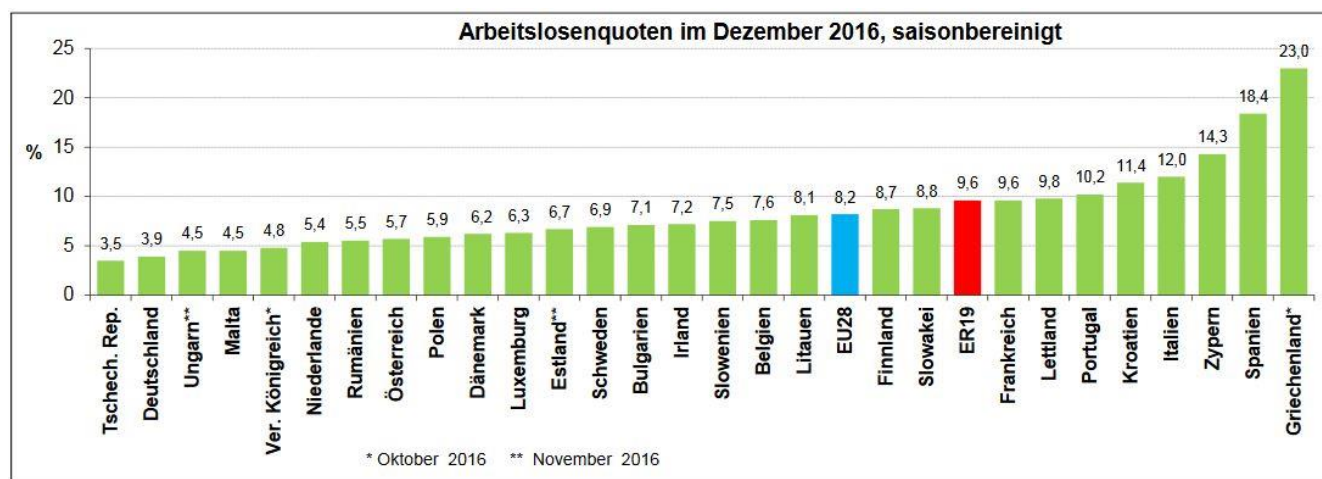
Ansprechpartner: **Michael Steurer**

### Inhaltsverzeichnis



## Arbeitslosenrate im Euroraum sinkt ganz leicht

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate im Euroraum lag im Dezember 2016 bei 9,6 Prozent, und damit leicht unter dem Wert von 9,7 Prozent im November 2016. In der EU-28 lag die Arbeitslosenquote laut **Eurostat** im Dezember 2016 bei 8,2 Prozent, unverändert gegenüber November 2016. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Tschechische Republik (3,5 Prozent) und Deutschland (3,9 Prozent) im Dezember 2016 die niedrigsten Werte. Die meisten Arbeitslosen gab es in Griechenland (23,0 Prozent im Oktober 2016) und Spanien (18,4 Prozent). **Österreich** lag mit 5,7 Prozent auf Rang acht in der EU. Dies ist der gleiche Wert wie im November 2016, und leicht weniger als in den Monaten davor.



Die **Jugendarbeitslosenrate** lag im Dezember 2016 in der EU28 bei 18,6 Prozent und im Euroraum bei 20,9 Prozent, gegenüber 19,5 Prozent bzw. 21,8 Prozent im Dezember 2015. Die niedrigste Rate im Dezember 2016 verzeichnete Deutschland (6,5 Prozent), die höchsten Raten wurden in Griechenland (44,2 Prozent im Oktober 2016), Spanien (42,9 Prozent) und Italien (40,1 Prozent) registriert. In **Österreich** waren 10,5 Prozent der jungen Menschen ohne Job.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

## Europäische Agentur für Flugsicherheit sucht Aviation Cybersecurity Officer

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln sucht:

**Aviation Cybersecurity Officer (AD 8)**  
**SM.1 Strategy & Safety Management Directorate**  
Ref.: EASA/AD/2017/001

Bewerbungen sind bis zum 10. Februar 2017 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## EASA bietet Praktikumsplätze im EASA Graduate Traineeship Programme

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln bietet:

**22 Praktikumsplätze im EASA Graduate Traineeship Programme**  
**- across several departments -**  
Ref.: EASA/TRN/2017/001 to 022

Bewerbungen sind bis zum 14. Februar 2017 ausschließlich [online](#) möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## Europäische Stiftung für Berufsbildung sucht Project Officer

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) mit Sitz in Turin sucht:

**Project Officer**  
**Contract Agent, Function Group III**  
Ref.: ETF/REC/17/01

Bewerbungen sind bis zum 13. Februar 2017 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Mitarbeiter

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris sucht:

**Supervision Officer**  
Ref.: ESMA/2017/VAC1/AD5, Bewerbung bis zum 22. Februar 2017 möglich

**Facility Management Team Leader**  
Ref.: ESMA/2017/VAC4/AD8, Bewerbung bis zum 27. Februar 2017 möglich

Weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Voraussichtliche Themen der 2199. Sitzung am 8. Februar 2017:

### Grundrechte/Migration

Neunter Bericht zur Umsiedlung

Inhaltsverzeichnis

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

### 6. Februar Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:  
Jahreswachstumsbericht 2017

### 6. Februar Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Workshop zur Unabhängigkeit der EU bei der Energieversorgung, zur Versorgungssicherheit und zur Diversifizierung der Energiequellen

Europäische Normen - Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1026/2021

Bericht über die laufenden Verhandlungen (Roamingvorleistungsmärkte/Kumpula-Natri)

Überarbeitung des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation - Erläuterungen durch Direktor Anthony Whelan, Kommission

### 6. Februar Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation (Neufassung)

EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020

Digitalisierung der europäischen Industrie

Internetanbindung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt:  
Europäische Gigabit-Gesellschaft und 5G

Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen

Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden (Text von Bedeutung für den EWR)

6. Februar

**Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:  
Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017

9. Februar

**Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen

Aussprache mit Elżbieta Bienkowska, Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, über das Dienstleistungspaket zu dem Thema „Eine Dienstleistungswirtschaft im Dienste der Europäer“

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste

9. Februar

**Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie**

Der Ausschuss tagt.

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle kommender Woche

8. Februar

**Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-562/15 Carrefour Hypermarchés**

**Vergleichende Werbung**

Im Dezember 2012 lancierte die französische Carrefour-Kette eine groß angelegte Fernsehwerbekampagne mit dem Titel „Tiefstpreisgarantie“. Darin verglich sie ihre Preise für 500 Markenprodukte mit denen in Konkurrenzmärkten, insbesondere der Kette Intermarché. Carrefour versprach, die zweifache Differenz zu erstatten, falls die Produkte anderswo günstiger zu finden seien. Die für die Geschäftspolitik der Intermarché-Märkte zuständige Firma ITM Alimentaire International hat Carrefour vor französischen Gerichten auf Unterlassung sowie Schadensersatz in Höhe von drei Millionen Euro verklagt. ITM ist der Meinung, dass die vergleichende Werbung von Carrefour irreführend sei und gegen das Gebot der Objektivität verstoße. So würden Carrefour-Hypermarché-Preise nicht mit Intermarché-Hypermarché-Preisen, sondern mit Intermarché-Supermarché-Preisen verglichen, ohne dass die Adressaten der Werbung über die Kriterien für die Auswahl der Märkte und über die Unterschiede zwischen ihren Formaten informiert würden. Nachdem das Handelsgericht Paris Carrefour verurteilt hat, derartige Werbung zu unterlassen und an ITM Schadensersatz in Höhe von 800 000 Euro zu zahlen, legte Carrefour Berufung bei der

Cour d'appel Paris ein. Die Cour d'appel ersucht den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung der EU-Richtlinien 2006/114 über irreführende und vergleichende Werbung sowie 2005/29 über unlautere Geschäftspraktiken.

[Weitere Informationen](#)

8. Februar

**Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-610/15 Stichting Brein**

**Filesharing über Website The Pirate Bay**

Die niederländische Stiftung Stichting Brein geht für die ihr angeschlossenen Rechtsinhaber gegen Urheberrechtsverletzungen vor. Bei einem niederländischen Gericht hat sie beantragt, den beiden Internet-Zugangspornidern Ziggo und XS4ALL aufzugeben, den Zugang ihrer Abonnenten zur Website The Pirate Bay (ein BitTorrent-Indizierer) zu blockieren. Nach Auffassung der Stichting werden über The Pirate Bay in großem Maßstab Mediendateien wie Musik, Filme und Spiele ohne Zustimmung der Rechtsinhaber getauscht. Der niederländische Hoge Raad möchte in diesem Zusammenhang vom Gerichtshof wissen, ob es eine öffentliche Wiedergabe durch den Betreiber einer Website darstellt, wenn diese Website keine geschützten Werke enthält, aber ein System besteht, durch das für Nutzer Metainformationen über geschützte Werke, die sich auf den Rechnern von Nutzern befinden, indexiert und kategorisiert werden, so dass die Nutzer die geschützten Werke anhand dessen auffinden sowie hoch- und herunterladen können. Sollte das zu verneinen sein, möchte der Hoge Raad außerdem wissen, ob die Richtlinien 2001/29 und 2004/48 eine Grundlage für eine Anordnung bieten gegenüber einem Vermittler oder einer Mittelsperson, der oder die Verletzungshandlungen Dritter in der beschriebenen Weise erleichtert. Generalanwalt Szpunar legt heute seine Schlussanträge vor.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte laufende Konsultationen

### Bank- und Finanzwesen

Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion 2017  
20.01.2017 - 13.03.2017

### Besteuerung

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze)  
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie  
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)

20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern

30.11.2016 - 08.03.2017

Öffentliche Konsultation - Verbrauchsteuern auf Tabakwaren

17.11.2016 - 16.02.2017

Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien

10.11.2016 - 16.02.2017

## Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“

28.11.2016 - 27.02.2017

## Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen - Bewertung von Öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (Artikel 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020

27.01.2017 - 30.04.2017

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen

08.12.2016 - 10.03.2017

## Handel

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

21.12.2016 - 15.03.2017

## Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020

09.01.2017 - 10.04.2017

## Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)

18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“

10.01.2017 - 26.04.2017

## Inhaltsverzeichnis

## Kultur

Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"  
23.01.2017 - 16.04.2017

## Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission  
27.01.2017 - 28.04.2017

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel  
16.12.2016 - 17.03.2017

## Unternehmen

Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben  
20.01.2017 - 14.04.2017

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden  
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien  
21.12.2016 - 24.03.2017

## Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr  
23.01.2017 - 23.04.2017

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge  
19.12.2016 - 24.03.2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt  
14.12.2016 - 22.03.2017

## Wettbewerb

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren  
25.11.2016 - 25.02.2017

### Inhaltsverzeichnis